Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 185 (2019)

Heft: 9

Artikel: Kosovo ist Europa!

Autor: Häsler Sansano, Georg

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-862720

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kosovo ist Europa!

Die EU hat keine Zeit für den Westbalkan: Die europäische Integration liegt in weiter Ferne, ebenso die Lösung unverändert schwelender Konflikte. Derweil etablieren lokalen Eliten autoritäre Strukturen und nutzen den Raum für gefährliche Spiele mit den Grossmächten. Die Region gehört auch deshalb zurück auf die sicherheitspolitische Agenda.

Georg Häsler Sansano

Acht Maschinen fliegen täglich von der Schweiz aus Richtung Pristhina – während der Sommerferien manchmal noch mehr: Kosovo und die Schweiz sind über die Diaspora aufs engste miteinander verbunden. Auch politisch hat sich der Bundesrat immer wieder neu für den jüngsten Staat Europas eingesetzt: So gehörte die Schweiz zu den ersten Ländern, die im Februar 2008 die Unabhängigkeit Kosovos von Serbien anerkannten. Dazu unterstützt die Schweizer Armee seit September 1999 die NATO-Friedenstruppe KFOR mit einem Kontingent von bis zu 220 Soldatinnen und Soldaten. Die Swisscoy in Kosovo ist der bei Weitem grösste Einsatz der Schweizer Armee im Bereich Friedensförderung. Ein Ende ist nicht absehbar: Der Kosovo-Knoten ist bisher ungelöst.

Der Kosovo-Knoten

Heute leben in Kosovo fast 90% Albaner, die Serben sind in der Minderheit. Als das Königreich Serbien das Gebiet 1912 vom Osmanischen Reich (zurück-) eroberte, waren die Verhältnisse ausgeglichener – und wesentlich multiethnischer.
Bis weit in die Zeit des sozialistischen Jugoslawiens nahmen die Albaner Belgrad als Kolonialmacht wahr. Erst 1974 erhielten sie mit der neuen Verfassung einen Autonomiestatus, den Milošević 1989 wieder ausser Kraft setzte. Der Ruf nach einer eigenen Republik verstummte nie.
Anfangs wehrten sich die Albaner friedlich und etablierten ein Parallelsystem. Ab Mitte der 1990er Jahre setzten sich aber radikale Kräfte durch: 1998 gelang der Kosovo-Befreiungsarmee UÇK der Schulterschluss mit den USA, 1999 mussten die serbischen Sicherheitskräfte Kosovo räumen. Seither sorgt die Kosovo Force (KFOR) der NATO für Stabilität. Bis heute hat Serbien die Unabhängigkeitserklärung Kosovos von 2008 nicht anerkannt.

Grossalbanien statt «Kosova Republik»?

Dies kommt den Eliten in Belgrad und Prishtina durchaus gelegen: Sie bewirtschaften den Konflikt nach wie vor und sichern sich mit diesem «conflict management» ihre politische Macht – ganz in der Tradition der jugoslawischen Zerfallsgeschichte. Den Kosovo-Knoten neu geknüpft hat einst Slobodan Milošević: Als aufstrebender Parteifunktionär benutzte er die Rivalität zwischen Serben und Albanern rücksichtslos für seinen Weg nach oben und instrumentalisierte ab 1987 die serbische Sache für die Macht der kommunistischen Elite in Serbien. 1989 verschaffte er sich mit der Aufhebung der Autonomie Kosovos zusätzlichen Einfluss auf Bundesebene. Das Blatt wendete sich 1999 mit dem Eingreifen der NATO gegen das brutale Vorgehen der serbischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen den kosovo-albanischen Widerstand: Milošević verlor Kosovo und kurz darauf seine Macht. Der Westen hatte sich auf die Seite der umstrittenen Kosovo-Befreiungsarmee UÇK geschlagen.

Heute sitzt in Belgrad mit Aleksandar Vučić der ehemalige Medienminister vom Ende der Milošević-Zeit fest im Sattel. In den letzten Monaten ist es Vučić gelungen, die heillos zerstrittene Führung in Prishtina an die Wand zu spielen. Ganz nach dem Motto: *divide et impera.* So lancierte er vor einem Jahr zusammen mit dem kosovarischen Präsidenten und einstigen UÇK-Kommandanten Hashim Thaçi die Idee einer «Grenzkorrektur»: Ein nicht näher präzisierter «Landtausch» sollte neue Grenzen und damit klare Einflusszonen schaffen. Letztlich ging es jedoch um nichts anderes als die Teilung von Kosovo, höchstwahrscheinlich in Absprache mit dem albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama. Dieser treibt seinerseits eine Union zwischen Kosovo und Albanien voran. Eine verkleinerte Version von «Grossalbanien» scheint plötzlich

Angehörige des JRD North beobachten die Rede des serbischen Präsidenten in Mitrovica. Bilder: Autor

Fragile Lage auf einer geopolitischen Verwerfungszone.

zu einer denkbaren Option zur Beilegung des Konflikts zu werden.

Fragile Lage auf geopolitischer Verwerfungszone

Die Idee eines Gebietstauschs ist am Widerstand Deutschlands und insbesondere auch der Schweiz vorerst gescheitert. Seither liegen alle möglichen Verhandlungen auf Eis. Für Serbien wäre die Lösung des Kosovo-Knotens zwar eine Grundbedingung für einen EU-Beitritt. Seit Brüssel aber vor allem mit sich selbst beschäftigt ist, und sich insbesondere der französische Präsident Emanuel Macron gegen eine EU-Erweiterung um den Westbalkan in den nächsten Jahren gestellt hat, wirkt die einstige «soft power» nicht mehr.

Gleichzeitig treten einzelne Gross- und Regionalmächte wieder mit ihrer eigenen Agenda auf: Neben Russland und der Türkei gilt dies eben auch für Frankreich. So besuchte Macron vor den Sommerferien auch Belgrad und zelebrierte mit Vučić die serbisch-französische Freundschaft, die auf den Ersten Weltkrieg zurückgeht. Diese neue Machtpolitik auf dem Westbalkan und das gleichzeitige Desinteresse Brüssels kommt zur Unzeit. Die Lage ist während der letzten Monate zunehmend gespannt – nicht nur zwischen Belgrad und Prishtina, sondern in der ganzen Region:

- Die Diskussion um «neue Grenzen» zwischen Serben und Albanern hat die alten Konzepte ethnisch reiner Nationalstaaten wieder auf die Tagesordnung gebracht: Dies stellt die Existenz des Vielvölkerstaats Bosniens in Frage – oder lässt anderswo Spaltpilze spriessen, etwa im Sandžak, einer multiethnischen Region im Dreieck Serbien, Montenegro und Kosovo;

«Der Kampf um die Macht lokaler, aber auch internationaler Akteure, wird zu allererst vor allem im Informationsraum geführt.»

- Ideologischer Nährboden ist der historische Revisionismus: Die Geschichte befindet sich in einem Prozess der permanenten Umdeutung. Vučić hat Milošević bei einer Rede im September 2018 einen «grossen serbischen Führer» («veliki srpski lider») genannt. Die kroatische Regierung wiederum relativiert systematisch die Gräueltaten der faschistischen Ustaša während des Zweiten Weltkriegs;
- Das Aufrüsten in der Region erhöht die Gefahr hybrider Konflikte. Die Republika Srpska, die serbische Entität Bosniens, militarisiert ihre Polizeikräfte und könnte schon bald in der Lage sein, das eigene Gebiet gegen die regulären Truppen des Gesamtstaates zu halten. Auch Serbien rüstet auf – unter anderem mit Kampfrobotern;
- Der Westen hat zu lange um der Stabilität willen auf Eliten gesetzt, die zwar eine europafreundliche und rechtsstaatliche Fassade wahren, aber von Anfang an autokratische Strukturen etablierten: Zu diesen «Stabilokraten» gehören der serbische Präsident Vučić oder der albanische Ministerpräsident Rama ebenso wie der kosovarische Präsident Thaçi und seine «Kommandanten-Koalition»;
- In diesem fragilen Umfeld spielt auch die neue Grossmachtpolitik eine entscheidende Rolle: Vor allem Vučić macht sowohl dem Westen als auch Russland und China Avancen. Gleichzeitig mischen ausländische Staaten mehr oder weniger offen in lokalen Konflikten mit: Die Türkei im Sandžak und in Bosnien, Russland in der Republika Srpska und in Montenegro oder die USA in Kosovo.

Narrative im Konkurrenzkampf

Der Kampf um die Macht lokaler, aber auch internationaler Akteure wird zu allererst und vor allem im Informationsraum geführt: Entscheidend sind die Dauerberieselung der breiten Bevölkerung mit Regierungspropaganda im Fernsehen – und die dicken Schlagzeilen in den Boulevard-Medien. Die Themen variieren zwischen Skandalmeldungen über Äusserungen der Gegenseite, Halbwahrheiten aus der jüngsten Vergangenheit oder die Aufdeckung abenteuerlicher Verschwörungen.

Insbesondere zwischen Serbien und Kosovo tobt ein Krieg der Bilder und Worte: Eine Mischung aus politischer Überkorrektheit («die provisorischen Institutionen in Priština») und Rassismus («Šiptari» statt «Albanci») auf der serbischen, die Dämonisierung Serbiens und der Serben auf der albanischen Seite. So hat jüngst eine prominente Menschenrechtlerin und Abgeordnete der Thaçi-Partei, Flora Brovina, in einer Parlamentsdebatte über die kosovo-albanischen Opfer im Krieg 1998/

Mutiger Auftritt des Schweizer Botschafters

Bei der Eröffnung eines lokalen Wasserprojekts kritisierte Botschafter Jean-Hubert Lebet Anfang Jahr das kosovarische Klientel-System:

«Es ist nicht normal, dass die Schweiz dieses Projekt finanziert. Es gibt genug Geld in diesem Land. Dieses Projekt kostet insgesamt nicht mehr als 2,5% des Budgets für Kriegsveteranen 2019. Ein wesentlicher Teil davon wird für falsche Veteranen ausgegeben.»

In den sozialen Medien gingen Lebets Aussagen viral. Er scheint vielen Kosovarinnen und Kosovaren aus der Seele zu sprechen.

Eine Zwischenfrage sei allerdings erlaubt: Weshalb hat es zwanzig Jahre gebraucht, um die Dinge offen anzusprechen? Die heutige Machtelite Kosovos erlangte ihre Position mit dem tatkräftigen Support der internationalen Gemeinschaft, obschon die Methoden der «starken Männer» nie ein Geheimnis waren (vgl. z.B. den Schweizer Staatsschutzbericht 1998 des Bundesamts für Polizei).

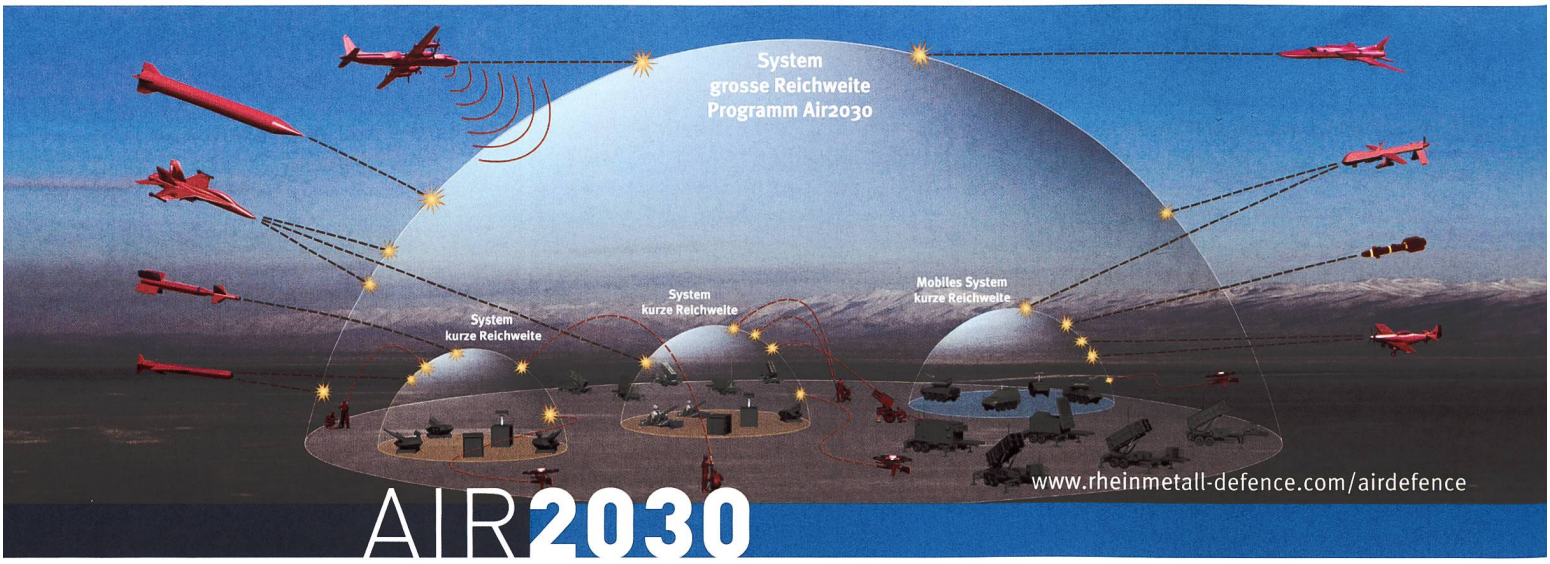
99 ein explizites Bild einer Vergewaltigung gezeigt: Scheinbar eine Fälschung, möglicherweise aus einem irakischen Pornofilm. Immerhin gab es auf Seiten der Oppositionspolitikerinnen einen Sturm der Entrüstung.

Fokusregion der Schweizer Aussenpolitik

Zusammen mit der wirtschaftlichen Stagnation in weiten Teilen der Region mindert die politische Lage die Perspektiven einer ganzen Generationen: Die Abwanderung nach Westen ist längst nicht mehr der Export billiger Arbeitskräfte, sondern ein gewaltiger «brain drain»: Hier fliessen Wissen und vielleicht auch politische Tatkraft ab. Die Chance, dass sich Dinge ändern, schwindet im gleichen Masse. Mit der Unterstützung des dualen Bildungssystems in Serbien leistet die Schweiz zwar einen beherzten Einsatz gegen die Entvölkerung ganzer Landstriche. Solange aber überall in der Region ungelöste Konflikte schwelen, können auch die stärksten Initiativen nicht ihre beabsichtigte Wirkung entfalten.

Der Westbalkan braucht einen prominenten Platz auf die Agenda der Schweizer Medien, der Politik und der Verwaltung. Dazu gehören unabhängige Informationen und pointierte Einschätzungen von einem Schweizer Standpunkt, eine sorgfältige Analyse der Sicherheitslage im Gesamtrahmen und ein Bewusstsein dafür, dass diese Region ein Teil Europas ist. Ein positives Zeichen ist die Erwähnung des Westbalkans als «Fokusregion» in der aussenpolitischen Vision «AVIS 28» des Bundesrats. Insbesondere im Fall von Kosovo geniesst die Schweiz über die menschlichen Verbindungen und den Swisscoy-Einsatz ein hohes Ansehen. Dies ist gleichzeitig eine aussen- und sicherheitspolitische Chance, die nicht leichtfertig vertan werden sollte. ■

Oberstlt
Georg Häsler Sansano
Journalist mit Spezialgebiet Westbalkan
3006 Bern



INTEGRIERTE BODENGESTÜTZTE LUFTVERTEIDIGUNG FÜR DIE SCHWEIZ

Der Technologiekonzern Rheinmetall hat mit dem US-amerikanischen Unternehmen Raytheon, eine der grössten Rüstungsfirmen der Welt, eine globale Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungstechnik vereinbart. In dieser Partnerschaft verbinden sich die herausragende Expertise und die führende Marktposition von Raytheon vor allem bei lenkwaffen-basierten Luftverteidigungssystemen grösserer Reichweite mit dem weltweit anerkannten Know-how von Rheinmetall im Bereich kanonen-basierter Luftverteidigungssysteme im Nah- und Nächstbereich. Davon kann auch die Schweiz im Rahmen des Beschaffungsprogramms Air2030 und darüber hinaus bei der konsequenten Weiterentwicklung der heute vorhandenen Fähigkeiten profitieren. Das „Patriot and Below Concept" ist ein idealer Lösungsansatz für die zukünftige, integrierte Luftverteidigung der Schweiz.

FORCE PROTECTION IS OUR MISSION.

RHEINMETALL DEFENCE

Bundesvereinigung der Milizverbände
Milizbüro/Objekt 48,
Schwarzenbergkaserne, 5071 Wals

Offener Brief an den Bundesminister für Landesverteidigung Mag. Thomas Starlinger

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Wir erlauben uns, Ihnen zu Ihrer Ernennung zum Bundesminister für Landesverteidigung zu gratulieren, auch wenn dieses Amt unter den gegebenen Umständen einer gewissen Bürde gleichkommen mag. Uns hat in der Vergangenheit in wesentlichen Grundfragen der Landesverteidigung vieles getrennt, doch hoffen wir, dass sich mit der Gesamtverantwortung für das Ressort mancher Standpunkt ändert bzw. auch Beurteilungshorizont ein weiterer ist.

Ihren «Tagesbefehl» sowie ihre öffentlichen Erklärungen zum ersten Kassasturz sehen wir als mutig, zutreffend und längst überfällig, also sehr positiv.

Wir müssen darauf hinweisen, dass unser Verband seit Jahren auf die nun eingetretenen Entwicklungen hingewiesen hat, unsere Standpunkte und Argumente aber seitens des Ressorts und von massgeblichen Entscheidungsträgern bestenfalls ignoriert wurden.

Ein kurzer Blick zurück: Zum Zeitpunkt der Gründung der Bundesvereinigung der Milizverbände waren noch 180 000 beorderte Milizsoldaten vorhanden, denen etwa 27 000 Soldaten Berufspersonal gegenüberstanden. Der Budgetaufwand für die Miliz wurde seinerzeit «aus der Portokasse» bestritten. Im Laufe der Jahre wurde die (kostengünstige und effiziente) Miliz nahezu auf Feigenblattgrössenordnung heruntergefahren, während das teure Berufspersonal nahezu in gleichem Umfang erhalten blieb. Aller Kritik und Warnungen zum Trotz! Nun reicht das Budget gerade noch für den Personalaufwand.

Wir begrüssen es ausdrücklich, dass die Budgetfrage öffentlich problematisiert wird. Diesbezüglich dürfen wir ihnen auch unsere volle Unterstützung zusichern. Aus unserer Sicht ist es aber mindestens genauso gravierend, dass

- das ganze Bundesheer in seiner Organisationsform längst nicht mehr den verfassungsmässigen (Milizprinzip) und wehrgesetzlichen Vorgaben (Friedens-/Einsatzheer) entspricht;
- der Wehrdienst mangels verpflichtender Übungen völlig seinen Sinn verloren hat (damit wird die Institution von Wehrpflicht und Zivildienst insgesamt aufs Spiel gesetzt);
- die allgemeine Wehrpflicht durch unverantwortliche Handhabung der Untauglichkeitsbestimmungen durch das Verteidigungsressort (jeder 3. junge Mann ist für jede Art von Gemeinschaftsdienst «untauglich») ausgehöhlt wird.

Diese Aufzählung liesse sich durchaus noch fortsetzen. Für uns ist es evident, dass die gravierendsten Probleme nicht bloss durch Einmaleffekte, oder schnelle Finanzspritzen gelöst werden können.

Sie haben angekündigt, bis Ende September einen Zustandsbericht für die nächste Regierung zu erstellen. Wir fordern Sie auf, und bitten Sie, nicht bloss die Sichtweise der Berufssoldaten, sondern auch die Sichtweise der Milizsoldaten (als eigentliche Träger der LV) in gleichem Masse vorzusehen.

Leider kommen wir nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass der amtliche Milizbeauftragte GenMjr Dr. Hameseder in wesentlichen Punkten nicht unser Vertrauen hat. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern wurde er nicht von den Soldatenverbänden, sondern von General i.R. Commenda nominiert. Inhaltlich vertritt dieser das von uns strikt abgelehnte Modell einer «Freiwilligenmiliz», das weder dem verfassungsmässig vorgegebenen Organisationsprinzip des Bundesheeres entspricht, noch die Erwartungen erfüllen kann. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, dass die von GenMjr Hameseder beim Miliztag in St. Pölten behaupteten Zahlen nicht belastbar sind und in Widerspruch zu den Daten und Fakten der Abteilung Einsatzvorbereitung ihres Ressorts stehen. Fazit: Das Konzept einer «Freiwilligenmiliz» muss als gescheitert angesehen werden.

Wir werten Ihre Aussagen als Ausdruck ehrlichen Bemühens und bieten Ihnen selbstverständlich für Ihre Amtszeit (und auch darüber hinaus) gerne unsere Zusammenarbeit an.

Br Dr. Michael Schaffer,
Präsident

Übergangsminister kündigt militärischen Offenbarungseid an

Auf Grund eines Skandals, den zwei Spitzenfunktionäre der kleinen Koalitionspartei (FPÖ) auf Ibiza ausgelöst hatten, kam es in Österreich zum Koalitionsbruch. Zum Verteidigungsminister einer Übergangsregierung (am 29. September wird ein neuer Nationalrat gewählt) wurde dabei ein Offizier ernannt: GenMjr Thomas Starlinger, bislang Adjutant des Bundespräsidenten.

Die Bundesvereinigung der Milizverbände setzt in ihn die Hoffnung, die Organisation der Armee in die richtige Richtung zu lenken, zumal nicht nur ihrer Ansicht nach die Verfassungskonformität weder personell noch materiell längst nicht mehr gegeben ist.

Br aD Manfred Gänsdorfer